

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 15.06.2023
Sitzung Nummer:	30 (FHLA/30/2023)
Sitzungsdauer:	15:30 - 17:03 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Patrick Puhlmann
Landrat

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Patrick Puhlmann

Mitglieder

Herr Mario Blasche

Herr Jörg Hellmuth

Herr Hennig von Katte von Lucke

Herr Frank Wiese

Stellvertreter

Herr Dietrich Gehlhar

Frau Juliane Kleemann

Herr Thomas Staudt

Vertretung für Herrn Bausemer

Vertretung für Herrn Witt

Vertretung für Herrn Schmotz

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Herr Thomas Lötsch

Herr Sebastian Stoll

Abwesend:

Mitglieder

Herr Arno Bausemer

Herr Klaus Schmotz

Herr Bernd Witt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 27. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 13.04.2023

- 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 28. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 11.05.2023
 - 7 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 24.05.2023
 - 8 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 29. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 24.05.2023
 - 9 Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Landkreis Stendal
Vorlage: 664/2023
 - 10 4. Änderung der Gebührensatzung der Kreismusikschule "Ferdinand Vogel" des Landkreises Stendal
Vorlage: 693/2023
 - 11 Weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Landkreis Stendal
Vorlage: 649/2023
 - 12 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat eröffnet um 15.30 Uhr die gemeinsame Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses mit dem Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss. Er begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses sowie der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Landrat teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 17 abgesetzt wird. Hierzu wird er Ausführungen im nichtöffentlichen Teil machen.

Da es keine weiteren Änderungsanträge gibt, wird die Tagesordnung mit o.g. Änderung zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 27. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 13.04.2023

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 13.04.2023 zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 2

zu TOP 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 28. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 11.05.2023

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 11.05.2023 zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 3

zu TOP 7 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 24.05.2023

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 24.05.2023 zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrh Nein 0 Enthaltung 3

zu TOP 8 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 29. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses vom 24.05.2023

Der Landrat informiert, dass die Bekanntgabe der Beschlüsse bereits in der Sitzung des Kreistages am 25. Mai 2023 erfolgte.

**zu TOP 9 Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Landkreis Stendal
Vorlage: 664/2023**

Herr Lötsch erläutert die Vorlage.

Herr Berlin fragt, warum im Sitzungsdienstprogramm zwei beschlussvorlagen eingestellt sind.

Frau Krehl erklärt, dass aufgrund der Ruckverweisung aus dem Kreistag die Beratungsfolge angepasst werden musste. Daher sind zwei Vorlagen eingestellt, die sich ausschließlich in der Beratungsfolge unterscheiden.

Da es keine Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3

**zu TOP 10 4. Änderung der Gebührensatzung der Kreismusikschule "Ferdinand Vogel" des Landkreises Stendal
Vorlage: 693/2023**

Der Landrat eröffnet den Tagesordnungspunkt und gibt folgende Änderung bekannt:

Im vierten Absatz des Sachverhaltes muss der Satz wie folgt angepasst werden:

„Dies wurde bei den am 04.05.2023 vorgestellten Gebühren noch nicht berücksichtigt. Die Abweichungen sind jedoch minimal und bewegen sich maximal um 0,08 € pro Jahr.“

Zudem muss in § 2 Abs. 4 der Gebührenordnung muss die Ergänzung "... durch Schüler..." erfolgen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 11 Weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Landkreis Stendal
Vorlage: 649/2023

Der Landrat eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Schneider.

Herr Schneider erläutert die Vorlage ausführlich.

Herr von Katte von Lucke stellt fest, dass mit dem neuen Heizungsgesetz beschlossen wurde, dass eine hohe Wärmedämmung vorgehalten werden soll. Ist es daher sinnvoll, vorher Solaranlagen anzubringen?

Herr Schneider antwortet, dass derzeit die Pflicht besteht, die oberste Geschossdecke zu dämmen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten eine Dämmung vorzunehmen. Hinderlich ist es dabei nicht, wenn bereits Solaranlagen angebaut sind.

Frau Kleemann teilt mit, dass mit dem neuen Gesetz ein hoher Beratungsbedarf bestehen wird. Wenn diese Beratung ortsnah stattfindet, ist dies die beste Möglichkeit.
Das Wärmeplanungsgesetz wird zudem in nächster Zeit beschlossen.

Frau Schwarz stellt fest, dass Eigenmittel in Höhe von 28.000 EUR benötigt werden. Diese sollen zum Teil daraus finanziert werden, dass die Kreisverwaltung auf Solarenergie umgestellt wird. Dies hält sie für nicht möglich.

Der Landrat stimmt der Aussage von Frau Schwarz zu. Jedoch gibt es zu Bedenken, dass auch andere Projekte im Bereich Klimaschutz umgesetzt werden können, die Kosten einsparen. Entscheidend sieht der Landrat die von Herrn Schneider vorgeschlagene Heranziehung der Stelle „SB Kreisplanung“, sodass selbst bei Weiterführung eine Stelle im Vergleich zu 2023 wegfällt.

Frau Schwarz fragt, ob die Stelle bereits Bestandteil im Haushaltsplan ist.

Der Landrat teilt mit, dass die Stelle nicht im Haushalt eingeplant ist. Jedoch ist dies durch die Streichung einer anderen Stelle möglich.

Herr Wiese fragt, wie viel Beratungen in der letzten Zeit außerhalb durchgeführt wurden.

Herr Fuchs äußert, dass er überwiegend in den Gemeinden und Gemeinderäten Beratungen durchgeführt hat. Durch uns werden zudem Bürgerinformationsveranstaltungen unterstützt.

Herr Wiese äußert, dass der Landkreis als gutes Beispiel vorangehen soll. Dies ist derzeit für ihn nicht erkennbar.

Herr Schulz äußert sich zur Arbeit von Herrn Fuchs. Er äußert, dass er ohne den Klimaschutzmanager des Landkreises als Gemeinde die Arbeit nicht möglich gewesen wäre.
Daher ist die Stelle auch zur Unterstützung der Gemeinden im Landkreis notwendig.

Herr Staudt möchte wissen, ob der Landkreis durch den Klimaschutzmanager Planungskosten sparen kann. Zudem fragt er, wie es mit Herrn Fuchs weitergeht.

Der Landrat antwortet, dass Herr Fuchs bis November 2023 beschäftigt ist. Er müsste sich dann auf eine andere Stelle bewerben, wenn das Klimaschutzkonzept nicht weitergeführt werden soll. Planungskosten entstehen dem Landkreis auch mit einem Klimaschutzmanager.

Herr Hellmuth fragt Herrn Schulz, ob es nicht ratsam ist, dass die Stadt Osterburg selbst einen Mitarbeiter einstellt, um diese Aufgabe wahrzunehmen.

Herr Schulz antwortet, dass dies für die Gemeinden nicht möglich ist. Hierfür zahlen auch die Gemeinden Kreisumlage. Daher ist es an dieser Stelle sinnvoll, dass der Manager beim Landkreis eingesetzt wird.

Da es keine weiteren Fragen gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2

zu TOP 12 Anfragen und Anregungen

Der Landrat eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Hoppe zur beabsichtigten Entscheidung des Landesverwaltungsamtes.

Frau Hoppe erklärt, dass aufgrund der Ablehnung der Beschlüsse des Kreistages am 04.05.2023 das Bemühen zur Haushaltskonsolidierung für das Landesverwaltungsamt nicht ersichtlich ist. Daher wurde angekündigt, dass das Konsolidierungskonzept voraussichtlich beanstandet wird. Zum Haushaltsplan wurde sich der investive Teil sehr genau angesehen und es wurde durch das Landesverwaltungsamt mitgeteilt, dass für einige Maßnahmen die Unabweisbarkeit nicht belegt wurden. Im gestrigen Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt konnten diesbezüglich schon einige offene Fragen geklärt werden. In dem Gespräch wurde auch noch einmal drauf hingewiesen, dass die Verfügung dem Landkreis nicht erst am 30.06.2023 zugehen sollte.

Der Landrat teilt mit, dass voraussichtlich ein Beitrittsbeschluss notwendig sein wird. Damit wird ein Sonderkreistag notwendig. Dieser wird in Absprache mit der Vorsitzenden des Kreistages am 13.07.2023 stattfinden.

Frau Schulze äußert, dass in der Beanstandungsverfügung auch die Stellenquote im Landkreis Stendal angesprochen wurde. Daraufhin wurde im Gespräch gefragt, welche Datengrundlage genutzt wurde. Das Landesverwaltungsamt orientiert sich an den Durchschnittswerten der anderen Landkreise. Problem ist allerdings, dass alle Landkreise unterschiedlich mit der Darstellung der befristeten Stellen verfahren und daher unterschiedliche Werte aufkommen. Würde der Landkreis die befristeten Stellen aus der Stellenquote rausrechnen, wäre diese ebenfalls geringer und im Rahmen vergleichbarer Landkreise.

Herr Schulz fragt, welche Auswirkungen die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes auf die Kreisumlage hat.

Frau Hoppe antwortet, dass es sich um zwei unterschiedliche Beschlüsse handelt. Es wurde das Konsolidierungskonzept und der Haushaltsplan einzeln beschlossen. Damit würde die Beanstandung des Konsolidierungskonzeptes keinen Einfluss auf die Kreisumlage haben.

Herr Berlin merkt an, dass er nicht auf den Parkplatz kam, da die Schranke geschlossen war.

Herr Lötsch antwortet, dass zukünftig die Schranke geöffnet wird.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.

